

Hitler und die Folgen

Autor(en): **Reinhard, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

	1929 = 100			
	1932	1933	1934	2. Vierteljahr
Schwedens industr. Produktion				
für den Export	66	72	82	
für den Inlandsmarkt	87	88	112	

Daß Lohndruck zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führt, wird auch das Dritte Reich erfahren, sobald seine starke Steigerung der Produktion der Morderzeugnisse infolge Finanz- und Rohstoffmangels ins Stocken geraten wird. In den Ländern aber, wo es freie und einflußreiche Arbeiterorganisationen gibt, sieht man bereits ein, daß nicht Lohnsenkung, sondern nur Hebung der Massenkaufkraft dem Krisenelend entgegenwirken kann. Die praktische Durchführung dieser Erkenntnis erfordert freilich in manchen Ländern besonders harte Kämpfe.

Hitler und die Folgen

Von Ernst Reinhard.

Die Zerreißung des Versailler Vertrags und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland haben den Bundesrat bewogen, dazu in einer Sitzung Stellung zu nehmen. Als Frucht der Beratungen wurde dem Volke mitgeteilt, daß man höchst zufrieden sei über die eigene Einsicht, welche zur Verlängerung der Rekrutenschule geführt habe. Drei Wochen länger Dienst für etwa 12.000 junge Leute: die große Gefahr Deutschland ist gebannt. Wenn an Biertischen am 18. März so philosophiert wurde, ist das zu begreifen. Hat der Bundesrat nicht die Pflicht, das überrheinische Ereignis etwas ernsthafter anzusehen? Hätte er nicht vor allem die Pflicht gehabt, zwei Probleme zu überprüfen: dasjenige unserer Außenpolitik und das andere unserer wirtschaftlichen und unserer geistigen Rüstung? Wir sprechen hier nur zum ersten.

Die neue Militärmacht an unserer Nordgrenze ist nicht von heute auf morgen entstanden; der Gewaltakt Hitlers hat nur von den Geheimnissen den Schleier weggezogen und Deutlichkeit geschaffen, wo Vermutung und ungenaue Kenntnisse bis heute ausreichen mußten. Daß Deutschland seit dem 30. Januar 1933 sich nicht mehr an die Vorschriften des V. Abschnitts des Versailler Vertrags hielt, daß es seine Reichswehr als Kader der neuen Armee einsetzte, daß es vorerst im geheimen neue Regimenter und Divisionen aufstellte, daß es sich eine Luftflotte schuf, daß es der Rüstungsindustrie jeglicher Art Massenaufträge gab, daß sein Wehrbudget um das Vierfache angewachsen war, daß es Festungen anlegte: alles dies ist nicht nur von der faschistenfeindlichen Presse unzählige Male gemeldet worden. Das wußten die Fachleute, und wenn sie es nicht wußten, dann sollten sie sich möglichst rasch begraben lassen. Pétain hat wenige Tage vor der Göringschen Provokation und der Hitlerschen Proklamation ge-

naue Zahlen genannt. Selbst unser Generalstab mußte einigermaßen unterrichtet sein, trotz der Willeschen Freundschaftsbesuche in Deutschland. Herr Motta konnte sich vor den Tatsachen dieser neuen Rüstungspolitik Deutschlands mit dem besten Willen nicht unwissend stellen.

Diese neue Armee ist nicht die kaiserliche Armee von 1914; sie ist von ganz anderem Geiste beseelt. Die alte Armee hatte, im Gegensatz zu der österreichischen unter v. Hötzendorf, wenig in Außenpolitik gemacht. Nur die Marine unter v. Tirpitz pfuschte dem Staatssekretär des Aeußeren und dem Kanzler ins Handwerk. Im übrigen war sie einfach zur Verfügung und riß erst im Kriege die Führung der Außenpolitik entscheidend an sich. Der Schlieffensche Plan sah die Aktion des rechten Flügels gegen Belgien vor, ohne damit Anspruch auf die entsprechende Leitung der Außenpolitik zu erheben. Der jüngere Moltke, welcher den Plan ausführen sollte, schrak vor den außenpolitischen Konsequenzen des Planes zurück, milderte ihn daher und schwächte jene von Schlieffen als entscheidend gedachte Flügelaktion. Im allgemeinen waren die leitenden Militärpersönlichkeiten nur die ergebensten Höflinge des kaiserlichen Potentaten, ohne große eigene Meinung. Der einzige, der ständig im Außenministerium Unsicherheit schuf, war der Großredner vom königlichen Schloß in Berlin selbst. Und dennoch hat diese Armee Belgien überfallen!

Die Reichswehr und die neue deutsche Armee sind von anderem Geiste beseelt. Sie sind die Herren des Staates. Sie beherrschen ihn restlos. Hitler ist ihr Mikrophon, verwendet, solange es gebrauchsfertig und dienstbar ist. Keinem Kenner durfte es entgehen, daß seit dem 30. Juni, seit dem Ausschalten der SA. und der SS., Hitler seine alte Machtposition verloren hatte und gezwungen war, diejenige der Reichswehr anzunehmen. Der Reichswehr paßte der scharfe, außenpolitisch rücksichtslose Geist der NSDAP. mit ihren völkischen Zielen. Er gab ihr hier gerade dasjenige, was sie bisher gewünscht, aber als fehlend bedauert hatte. Das alte kaiserliche Deutschland kämpfte gegen Traditionen und hatte Hemmungen. Dieses neue Deutschland und seine Armee kennen keine Traditionen, achten grundsätzlich keine Verträge, erklären Recht, was Deutschland nützt, scheuen vor nichts zurück, verlachen moralische und völkerrechtliche Pflichten grundsätzlich als unmöglich und müssen, wenn sie existieren wollen, ständig Explosionen erzeugen, das Unmögliche wollen, das Unerwartete tun und alle Voraussetzungen der Nachbarn über den Haufen werfen. Dieses Deutschland findet im Denken der Nachbarstaaten keine Maßstäbe; diese schafft es nur für sich und durch sich selbst. Was an Imponderabilien in Frankreich und Europa gilt, das ist ausgeschaltet in Deutschland, das eine barbarische Macht ist, dem demokratischen Europa so unverständlich, wie einst die Zimbern und Teutonen dem marianischen Rom. Man konnte selbst im böartigsten kaiserlichen Deutschland die kommenden Dinge einigermaßen vorausberechnen und durfte auf Verhaltensmaßregeln denken, die hüben und drüben noch Gültigkeit hatten; das kaiserliche Deutschland schickte noch Ultimaten

und Kriegserklärungen; es brauchte lange Zeit für die Mobilisation; es war noch darauf bedacht, das Gesicht zu wahren, selbst wenn es zu ekelhaften Heucheleien greifen mußte. Aber dieses neue Deutschland erschießt seine Gründer ohne Richterspruch und mordet diejenigen, denen man noch Tage zuvor heilige Freundschaftsschwüre geschworen; es meuchelt einen Kanzler eines befreundeten Staates; es organisiert Entführungen und Fememorde bei den Nachbarn. Frankreich hatte seine moralische Gesundung im Dreyfus-Prozeß schließlich zurückgewonnen und stellte die Kamarilla bloß. Das heutige Deutschland quält stückweise seine Opposition zu Tode, weil sie es wagte, auf die illegale Tätigkeit der Reichswehr hinzuweisen. Karl von Ossietzky ist eine europäische Warnung vor dem furchtbaren Geiste des Hitlerschen Deutschland. Das scheut sich nicht, brutal, gemein, wortbrüchig und hinterlistig zu sein. Es ist der Geist des dunklen Hagen, der dem Freunde den Speer in den Rücken jagt und mit seiner Niedertracht prahlt.

Wenn man diese Dinge sagt, muß man immer wieder mit der linken Hand sich gegen jene Esel wehren, die glauben, man mache in Panik. Der großbürgerlichen Presse ist es ganz unverständlich, daß man die Dinge in ihrer Nacktheit sehen und doch tapfer bleiben kann. Aber man muß sie sagen, weil die Frage berechtigt ist, ob das Politische Departement sie auch sieht oder ob es glaubt, es sei Diplomatie, wenigstens zu tun, als sähe man nicht.

Die Rede Flandins war eine männliche und saubere Abrechnung mit diesem Geiste. Sie war eine Denunziation jener dem Verstande unfaßbaren Mächte, die heute in Deutschland Politik machen. Damit hat einer wenigstens das ausgesprochen, was Kenner seit langem dachten und was zu sagen niemand den Mut fand. Wir werden von Motta nicht verlangen, daß er spreche, wie Flandin sprach; der Anlaß fehlt unter anderm. Aber das können wir verlangen, daß sich unsere Außenpolitik darüber Rechenschaft gebe, daß praktisch die Gefahr nur von Norden droht, daß es jener barbarische Geist des neuen Deutschland ist, der einem kleinen Staate das Lebensrecht abspricht und, wenn sein Vorteil es als geboten erscheinen läßt, über Völkerrecht und Moral genau so hinweggehen wird, wie er über den Kadaver eines gemordeten Kleinstaates zu schreiten sich anschickt.

Unsere Neutralitätspolitik verlangt heute nicht einen Leiter der Außenpolitik, der sich sagt, daß ihn alles nichts angehe, da wir ja in keinerlei Welthandel verwickelt sein sollten. Gerade weil wir nicht, wie bündnisfähige Staaten, uns rechtzeitig durch Bündnisse Rücken- deckung verschaffen und unsere Haltung in einem kommenden Konflikt bestimmen können, müssen wir eine Außenpolitik haben, die durch ihre Wachsamkeit und weite Sicht imstande ist, dasjenige auszugleichen, was die Neutralitätspolitik uns im Ernstfalle an Nachteilen bringt.

Die große Gefahr der Neutralitätspolitik liegt ja darin, daß der neutrale Staat schließlich nur noch Objekt der Außenpolitik anderer wird, daß er durch irgendwelche Intrigen dazu gebracht werden kann,

auf die Seite des Gerisseneren gedrängt zu werden. Eine Neutralitätspolitik, die sich einfach sagt, daß der Angreifer unter allen Umständen der Feind sei, gegen den man die Waffen tragen werde, begibt sich eben der Möglichkeit, im Ernstfalle bestimmen zu können, wer angegriffen habe; sie schiebt die Wahl der Front, auf der man kämpfen wird, automatisch den andern zu und verzichtet damit auf jede freie Entscheidung. Dieser eine Nachteil bringt den andern einer langsamen Entscheidung mit sich, und gerade diese Schwächen müssen einen skrupellosen Staat, wie Hitler-Deutschland, zu allerlei Kabalen verleiten.

Diese Tatsache ist es, welche unsere schweizerische Neutralitätspolitik zu beachten hat, wenn sie sich nicht einfach schieben lassen will. Sie muß außerordentlich elastisch, rasch und sicher sein, wenn sie nicht einfach in eine Falle treten will. Das bedingt, daß sie sich auf die Machtverhältnisse einstellt, wie sie sind, den Gegner sieht, wie er ist, daß sie List mit äußerster Klugheit, Verschlagenheit mit Entschlossenheit zu parieren sucht. Sie kann sich den schlechten Witz nicht leisten, sich in der Entscheidung durch allerlei Gefühle und Ressentiments hemmen zu lassen. Sie darf sich den Weg zu einer freien Entscheidung nicht verbauen, indem sie in ihrer Außenpolitik Dinge begeht, die mit politischem Verstand nichts zu tun haben. Die außerordentlich schwere Führung der Außenpolitik eines neutralen Staates verlangt freie Sicht überall hin, verlangt Entschlußmöglichkeiten nach jeder Richtung. Sie muß jenen *sacro egoismo* der römischen Politik ohne irgendwelche theatralische Pose, rein sachlich, aber mit dem Einsatz der ganzen Kraft in der Außenpolitik bewähren.

Gerade das ist es, was unsere schweizerische Außenpolitik heute nicht mehr kann. Es stecken sich in Europa langsam die Fronten ab; daß Frankreich und Sowjetrußland auf der einen, Deutschland auf der andern stehen wird, ist klar. Die Fronten erweitern sich. Der Kampf geht um Polen, um Italien, selbst um England. Niemand weiß, wann sie so abgesteckt sind, daß die Entscheidung in einem neuen Kriege kommen muß. Die Schweiz braucht dann ihre ganze Handlungsfreiheit und ihre volle Wahlfreiheit. Wenn sie durch ihre Außenpolitik die Unmöglichkeit schafft, dann, wenn sie zur Aufgabe der Neutralität gezwungen sein sollte, ihre Wahl frei zu treffen, dann begibt sie sich in die Hände einer Erpressergesellschaft, die weiß, daß ihre Schwäche darin besteht, infolge eines Fehltritts nicht mehr frei zu sein — und dann ist ihre Neutralitätspolitik praktisch schon unterhöhlt.

Wie aber soll die Schweiz noch frei wählen können, wenn Motta im Völkerbund Erklärungen gegen einen Staat abgibt, dem gegenüber die Schweiz durch ihren Gesandtenmord mindestens soviel Schuld gutzumachen hat, wie der andere durch die Besetzung der alten Petersburger Gesandtschaft? Wie sollen solche aus Ressentiments übernommenen, negativen Einstellungen eine unbelastete Neutralitätspolitik ermöglichen? Wie sollen wir noch frei wählen können, wenn wir durch die törichte Behandlung der Wille-Affäre in einer Mächtegruppe den Verdacht aufkommen lassen, der schweizerische Generalstab sei nicht

mehr frei, sondern stehe sympathiemäßig auf der andern Seite? Es ist ein bedenkliches Zeichen der schweizerischen Außenpolitik, daß sie im Wille-Handel die Hauptsache, die außenpolitische Gefahr, überhaupt nicht erkannte, daß sie sich entrüstete über Nebendinge, über die Hagenbuch-Affäre, daß sie die persönliche Ehrenhaftigkeit des Herrn Wille verteidigte und sich entrüstet dagegen wehrte, er könne ein Landesverräter sein, daß sie aber auch nicht mit einem Wort auf das außenpolitische Problem einging, das sich hinter diesen kleinen persönlichen Affären verbarg, jenes Problem, ob das Ansehen unseres Neutralitätswillens es erträgt, daß ein oberster schweizerischer Heerführer Dinge tut, die der private Villenbesitzer Wille tun konnte, die aber dem präsidenten General Wille II unter allen Umständen verboten sein mußten. In beiden Fällen hat man die Moral des biedern Spießers über den kühlen Verstand des Außenpolitikers den Sieg davontragen lassen. Wenn es um unsere Beziehungen zu Rußland geht, führt Hoppeler das große Wort. Es gibt Symbole, die töten.

In keinem andern Staate wäre eine derartige Erledigung der Wille-Affäre möglich gewesen. Es brauchte dazu ein Parlament, das sich selbst in jahrelanger Zucht zur Inkompetenz in allen außenpolitischen Fragen erzogen hat und sich durch einen guten Zuchtmeister auch gerne dazu erziehen ließ. Dies eine Kompliment muß man Herrn Motta machen: er hat, wie kein anderer, verstanden, die parlamentarische Kritik seiner Politik zu unterbinden und dem Parlament die Ueberzeugung einzuimpfen, daß es in der Außenpolitik so gefährliche Dinge gebe, daß das Parlament sich besser nicht damit befasse. Jedes andere Departement hat irgendwelche konsultativen Kommissionen, in denen das Parlament sein Kontrollrecht ausübt, ohne damit in das Entscheidungsrecht des Bundesrates einzugreifen. Das Politische Departement entbehrt jeder wirksamen Kontrolle. Die von Bürgerlichen verlangte Kommission für außenpolitische Angelegenheiten hat Motta nicht angenommen. Zäh und verbissen hat er behauptet, es werde damit eine Nebenregierung geschaffen — und das Parlament, das seine Ruhe haben wollte, dem seine Inkompetenz lieb war, tat ihm den Gefallen und lehnte ab. Die Völkerbundskommission wurde nicht zu einer ständigen Kommission erweitert. Der Bericht über den Völkerbund gelangt an den Rat, wenn die Geschäfte altbacken sind und kein Mensch mehr sich darum bekümmert. Der Bericht über die letzten Sessionen wird eben ausgeteilt und wird sieben bis neun Monate nach den Völkerbundsessionen in den Räten zur Sprache kommen. Interpellationen, die zu wichtigen Problemen Aufschlüsse verlangen, solange sie noch aktuell und nicht vorentschieden sind, werden verschoben, bis sie verschimmelt sind. Motta hat dem Parlament suggeriert, daß die Neutralitätspolitik keine Außenpolitik von Belang ermögliche. Im Schatten dieser völlig falschen These betreibt er seine Außenpolitik, die gut wäre, wenn sie im Geiste der großen italienischen Außenpolitiker der Antike, der Renaissance und des Risorgimento geführt wäre, die schlecht ist, weil sie mit dem Geist der Traktätlein kokettiert.

Aber schließlich denkt das Parlament nicht anders als das Volk.

Hier wie dort hat die Neutralitätspolitik die Idee erweckt, als ob wir uns ins Stöckli zurückgezogen hätten, nachdem wir unsern Teil früher geleistet hatten, und daß die Welt unsern Wunsch respektieren werde, gefälligst in Ruhe gelassen zu werden, weil wir sie ja auch in Ruhe lassen wollen. Daß gerade um unserer Neutralität willen unsere Außenpolitik mehr leisten muß als die irgendeines andern Staates, daß sie, um mit einem Wort Haushofers zu reden, auf allen staatlichen Posten Diplomaten haben muß, die mit dem Blick hungriger Raben beobachten, was im Nachbarfeld geht, das will einem zur außenpolitischen Interesselosigkeit erzogenen Volk nicht in den Kopf — und das ist es, was Motta das Spiel kinderleicht macht.

So darf es aber nicht mehr gehen, wenn wir nicht eines Tages ein böses Erwachen haben wollen. Die Hitler-Rede war die eine Warnung, die fromme Biernachricht aus dem Bundeshaus, als ob mit den drei Wochen Rekrutenschule nun alles getan sei, die andere. Das Problem steht nicht, ob Herr Minger etwas länger drillen kann oder nicht. Es heißt heute, was die schweizerische Außenpolitik aus den Ereignissen im Norden für Schlüsse zieht; denn diese entscheiden über unser staatliches Schicksal, nicht drei Wochen Kasernenzeit mehr oder weniger. Es ist das Problem der Führung unserer Außenpolitik, das sich nun vor uns aufrichtet. Es ist, nach den Leistungen des Herrn Motta, höchste Zeit, daß das Volk die Wichtigkeit dieser Problemstellung versteht und mit seiner deutlichen Willensäußerung nicht mehr länger zögert.

Der soziale Gehalt des Sowjetstaates

Von O l g a D o m a n e w s k a j a.

Das Problem des sozialen Gehalts des Sowjetstaates, das immer wieder so leidenschaftliche Diskussionen hervorruft, ist zweifellos nicht leicht zu lösen: es handelt sich um die Bestimmung einer neuen gesellschaftlichen Formation, wie sie die Geschichte der Menschheit bis jetzt nicht gekannt hat. Aber gerade darum darf man sich nicht darauf beschränken, daß man alte Maßstäbe kritiklos anlegt, gerade darum bedarf es einer genaueren Analyse der neuen gesellschaftlichen und Produktionsverhältnisse, die sich in der Sowjetunion herausgebildet haben¹.

In den siebzehn Jahren seines Bestehens hat der Sowjetstaat mehrere tendenziell voneinander abweichende Stadien durchschritten: dem »Kriegskommunismus« folgte die NEP., die NEP. ist abgelöst worden durch die Periode des »Fünfjahresplanes« und der »Generalinie«. Und diese letzte Etappe hat den Charakter des heute bestehenden Systems bestimmt.

¹ In dem vorliegenden Artikel können nur die Hauptmomente berührt werden, die die soziale Struktur der UdSSR. charakterisieren; auf die Anführung des vielgestaltigen konkreten Materials, das den Standpunkt des Verfassers veranschaulichen könnte, mußte aus Raumgründen verzichtet werden.